

MEINE REDE, MEIN FOTO

Würden unsere Expert:innen auf der
Bühne des Symposions "Ein Land und
seine Verantwortung vor der
Geschichte" zu Wort kommen:
Was würden sie sagen? Wie würden
sie ihre Worte illustrieren?

#geschichte
_schreiben

RECHERCHE · THEATER · PROJEKT

DEUTSCHLAND

von *Stefan Paul-Jacobs*

„Weltmeister im Erinnern“. So betitelt Aleida Assmann einen kurzen Aufsatz „Über das Unbehagen an der deutschen Erinnerungskultur“ im Jahr 2012. Gut zehn Jahre später ist das Unbehagen bei mir nicht kleiner geworden. Bei der Suche nach Reden, Interviews, Aufsätzen zur Erinnerungskultur seit der frühen Nachkriegszeit fällt die gegenwärtige, sehr routiniert wirkende Sprache der deutschen Politik auf, wenn es um das Erinnern an deutsche Verbrechen geht. Den Autoren ist anzumerken, dass der konkrete Bezug zu Opfern und Tätern fehlt. Von „Verbrechen“, „Mord“, „Vernichtung“ ist zunehmend weniger die Rede, vielmehr geht es um Menschheitsverbrechen und Zivilisationsbrüche.

Bei der Beschäftigung mit den großen Textmassen kristallisieren sich für mich drei Phasen heraus, die die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen in Deutschland prägen. Zunächst geht es um „Wiedergutmachung“. Frühe Aussagen wirken heute oft „technisch“ und formell. Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler, ruft 1949 konkrete Summen („100 Millionen Deutsche Mark“) auf, bevor er von einer Wiedergutmachung für „das den Juden in aller Welt von Deutschen zugefügte Unrecht“ spricht. Zwei Jahre später spricht er von „unsagbaren Verbrechen“, betont aber im selben Zusammenhang, wie viele Deutsche jüdischen Mitbürgern geholfen hätten.

Die Auschwitz-Prozesse in den Jahren 1963 bis 1965 läuten eine neue Phase ein, die mit dem Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ beschrieben werden kann. Die Tonalität verändert sich, ein deutscher Bundeskanzler, der im Widerstand war, kniet 1970 in Polen vor einem Denkmal für die Opfer deutscher Gewaltherrschaft. Ein Journalist schreibt: „Dann bekennt er sich zu einer Schuld, an der er selber nicht zu tragen hat und bittet um eine Vergebung, derer er selber nicht bedarf. Dann kniet er da für Deutschland.“ Die Geste bleibt in Deutschland umstritten, Willy Brandt bekommt ein Jahr später den Friedensnobelpreis.

Mittlerweile ist der Kniefall Geschichte, es gibt sogar ein eigenes Kniefall-Denkmal. Der Platz, auf dem das Denkmal steht, heißt mittlerweile Willy-Brandt-Platz. Das gefällt mir gut, aus dem Kniefall wird ein Straßenschild ...

Am Ende dieser Phase steht die Rede von Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985, der die Verbrechen versucht, als allgemeine Lehre zu begreifen: „Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder gegen Türken, (...) gegen Schwarz oder gegen Weiß.“ Irritiert ist der Leser der Rede darüber, dass Weizsäcker ursprünglich vorhatte, eine

Begnadigung von Rudolf Heß zu fordern, dem ehemaligen Stellvertreter des „Führers“ Adolf Hitler.

Die Forderung nach einer Neuausrichtung der Erinnerungskultur gewinnt an Boden. Zunächst bei konservativen Politikern wie Franz Josef Strauß. Er fordert, die Vergangenheit ruhen zu lassen, denn „die ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftliche Dauerbüßeraufgabe lähmt ein Volk!“ Auch der Schriftsteller Martin Walser wendet sich im Oktober 1998 gegen die negative Instrumentalisierung der Erinnerungskultur: „Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung.“

Einen Monat später fordert auch Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner ersten Regierungserklärung ein „Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation“. Bei seinem Außenminister Joschka Fischer verwandelt sich Auschwitz in eine außenpolitische Lehre, die den Kriegseinsatz im früheren Jugoslawien begründet. Und acht Jahr später wird für Angela Merkel die historische Verantwortung Deutschlands für den Staat Israel „Teil der Staatsräson meines Landes.“

Das ist ein langer Weg der Erinnerungskultur.

Die aktuellen Äußerungen der Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth, und von Finanzminister Christian Linder stehen mittlerweile für eine Gedenkroutine, die auf den Publizisten Max Czollek wie ein „Versöhnungstheater“ wirkt. Statt konkreter Wiedergutmachung an ehemaligen Zwangsarbeitern, der polnischen Bevölkerung oder den Opfern der deutschen Kolonialpolitik folgt man den ausgetretenen Pfaden deutscher Erinnerungs-Wortkaskaden.



FRANKREICH

von *Lucas Hardt*

Die Vorstellung einer zufriedenstellenden Rede über Frankreich und seine Verantwortung vor der Geschichte hat etwas Unmögliches an sich. Hätte ich sprechen können oder müssen, ich hätte zunächst gerne zugehört. Oder anders: Wenn ich schon sprechen soll, sagen Sie mir bitte, zu wem. In Ermangelung einer Antwort hätte ich vermutlich die Auseinandersetzung mit einigen Fragen auf die Tagesordnung gesetzt, die zu einer historischen Einordnung aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen in Frankreich hilfreich sein können.

Hierzulande wird die Stimmung innerhalb des größten Nachbarlandes in den letzten Jahren als ausgesprochen angespannt wahrgenommen. Nur ein paar Gründe dafür sind etwa bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Gelbwesten, spektakuläre islamistische Anschläge und ihre Folgen, umfassende Streiks, die immer wieder große Teile des öffentlichen Lebens beeinträchtigen, Präsidentschaftswahlen, bei denen eine rechtsextreme und vom Kreml mitfinanzierte Kandidatin ernsthafte Chancen auf das mit Abstand mächtigste Amt der Republik hat ...

Um diese in der Bundesrepublik (noch) kaum vorstellbaren Zustände zu verstehen, lohnt sich etwa eine Auseinandersetzung mit dem von je her angespannten Verhältnis zwischen französischem Zentrum (Paris) und Peripherie („la province“). Warum gelingt es dem französischen Staat nicht, seine extreme Ausrichtung auf die Hauptstadt zu überwinden, die besonders in ländlichen Regionen, ehemaligen Zentren des Bergbaus und der Schwerindustrie, in der Bretagne oder Korsika als unheilvoll, ja diskriminierend wahrgenommen wird?

Gegenwärtig zeigen uns die heftigen Auseinandersetzungen um die Reform des Rentensystems im Parlament und auf der Straße einmal mehr: Die Entwicklung gesellschaftlich vereinender Zukunftsperspektiven ist in Frankreich besonders schwierig. Mit Perspektiven auf die Vergangenheit sieht es jedoch kaum besser aus. Obgleich etwa die Verbrechen des französischen Staates in Gestalt des Vichy-Regimes oder während des algerischen Unabhängigkeitskriegs breit und detailliert erforscht sind, erweist sich die naive Erzählung einer ausschließlich positiven Rolle Frankreichs in der Geschichte nicht nur in konservativen und rechten Kreisen als erstaunlich resistent.

Sollte eine in Berlin gehaltene Rede über Frankreich im Jahr 2023 also die Konturen eines blockierten Landes zeichnen, das zwischen dem Druck der Zukunft und seiner Vergangenheit zerrieben zu werden droht? Oder sollte vielmehr diese deutsche Perspektive auf Frankreich hinterfragt und dekonstruiert

werden, die seit dem 19. Jahrhundert zwischen Irritation, Faszination, Versuchen der Annäherung und Abgrenzung schwankt? Wen oder was meinen wir eigentlich mit Frankreich und was steckt hinter dieser Vorstellung einer Verantwortung vor der Geschichte? Vielleicht wären wir den Antworten auf diese Fragen gemeinsam nähergekommen.

Das Foto zeigt Charles de Gaulle am 24. August 1958 in Brazzaville. Vier Monate zuvor hatte ein Putsch in Algier das System der IV. Republik zum Einsturz gebracht und die Rückkehr des 1890 geborenen Helden des Zweiten Weltkriegs aus dem Ruhestand in die Politik gefordert. Der Brigadegeneral ließ sich nicht lange bitten. Mit einer neuen Verfassung, die ganz und gar seinen Vorstellungen entspricht, wird de Gaulle in den darauffolgenden 11 Jahren die koloniale Ära Frankreichs beenden, die Annäherung an Deutschland voranbringen und Frankreich zu einer Atommacht machen. Nicht nur bei dieser Aufnahme wird deutlich: An Selbstbewusstsein hat es diesem Ausnahmepolitiker, der die Geschichte Frankreich im 20. Jahrhundert wie kein anderer geprägt hat, nie gemangelt.



NORWEGEN

von *Hanna Sjöberg*

Eine Zeit lang habe ich untersucht, wie das neutrale Schweden mit der großen Flüchtlingswelle umging, die während des Zweiten Weltkriegs ins Land kam. Die größte Gruppe waren Norweger, fast 60.000, die während der deutschen Besatzung über die Grenze nach Schweden kamen.

Sowohl Norwegen als auch Schweden hatten sich vor dem Krieg für neutral erklärt. Doch mit dem Krieg gewannen sicherheitspolitische Überlegungen an Bedeutung. Norwegen wurde ein Verbündeter Großbritanniens. Die norwegische Regierung und der König flüchteten nach England.

Als Deutschland am 9. April 1940 Norwegen angriff, vertrat die schwedische Regierung die Position, dass das eigene Land unter keinen Umständen in den Krieg hineingezogen werden dürfe. Das neutrale Schweden berief sich auf Artikel 11 der Haager Konvention: "Die neutrale Macht, auf deren Gebiet Truppen der kriegführenden Armeen übertreten, muss sie möglichst weit vom Kriegsschauplatz entfernt unterbringen. Sie kann sie in Lagern verwahren und sie auch in Festungen oder in anderen zu diesem Zweck geeigneten Orten einschließen." Norwegische Soldaten, die versuchten, über schwedisches Gebiet vorzurücken oder ihre Stellungen zu wechseln, wurden zurückgeschickt. Auf deutschen Druck hin beschloss die schwedische Regierung im Juli 1940 aber, den Zugverkehr durch das Land für deutsche Truppen nach Norwegen zu genehmigen. Dieser Transitverkehr wurde bis August 1943 fortgesetzt und stellte einen klaren Verstoß gegen die Neutralität dar. Nach dem deutschen Angriff auf seinen ehemaligen Verbündeten, die Sowjetunion, im Juni 1941 hielt sich Schweden vermutlich für weniger verwundbar. Das Land war nicht mehr von verbündeten kriegserischen Besatzern im Osten und Westen eingekreist. Allmählich zeigten sich die schwedischen Behörden großzügiger gegenüber Flüchtlingen.

Die Grenze zwischen Norwegen und Schweden verläuft durch große, dünn besiedelte Gebiete, durch Wälder und über Gebirgsketten. Mit 1620 Kilometern Länge ist sie die längste Grenze Europas. Für mich war es immer selbstverständlich, dass diese Grenze offen sein sollte. Doch im März 2020 schloss Norwegen plötzlich seine Grenzen, um die COVID-19-Infektion zu stoppen. Seit dem Zweiten Weltkrieg war die Grenze nie geschlossen gewesen, für Schweden und Norweger war sie immer offen. Aber das galt nicht für die sámischen Rentierzüchter im hohen Norden.

Eine Landesgrenze zwischen Schweden und Norwegen wird bereits in den isländischen Sagas erwähnt. Der größte Teil der heutigen Grenze wurde im Ver-

trag von Strömstad von 1751 festgelegt, der von den Parteien in Strömstad am 21. September nach dem julianischen Kalender von Schweden bzw. am 2. Oktober nach dem gregorianischen Kalender von Dänemark-Norwegen unterzeichnet wurde.

Es gibt einen wichtigen Anhang zum Vertrag von Strömstad: das Lappenkodizill. Darin ist geregelt, was für die Sámi gelten sollte, die Rentierweidegebiete auf beiden Seiten der Grenze nutzten. Die Sámi mussten sich entscheiden, ob sie schwedisch oder norwegisch sein wollten. Dies bedeutete jedoch nicht, dass sie innerhalb der Grenzen ihres eigenen Königreichs bleiben mussten. Im zehnten Absatz heißt es: "Wenn die Lappen das Land beider Königreiche benötigen, soll es ihnen nach alter Sitte erlaubt sein, im Herbst und im Frühjahr mit ihren Rentierherden über die Grenze in ein anderes Königreich zu ziehen, und zwar fortan gleichberechtigt mit den Untertanen des Landes." Für die Sámi ist das Lappenkodizill eine Magna Carta. Sie sollte im Prinzip immer noch gelten.

Ab den 1890er Jahren bemühten sich die Norweger zunehmend darum, die Wanderungen der Rentierherden der schwedischen Sámi nach Norwegen zu stoppen. Nach der Schließung der Grenze zu Russland im Jahr 1889 hatte die Konkurrenz um Weideland zugenommen. Die Frage der Rentierweide wurde zu einem der Hauptstreitpunkte, als die Union zwischen Norwegen und Schweden 1905 aufgelöst wurde.

Die Siedler der jungen Nation Norwegens meinten, dass die Rentiere ihr Heu fräßen und ihre Felder zertrampelten. Die ehemaligen Sommerweidegebiete an der norwegischen Meeresküste, den Fjordmündungen, den Landzungen und den Inseln sollten den schwedischen Sámi untersagt werden. Nur ein kleiner Teil der rentierzüchtenden Sámi durfte die Landesgrenze überqueren; wie und wo, wurde in der Rentierweidekonvention von 1919 auf Schwedisch und Norwegisch genau festgelegt, allerdings in keiner der sámischen Sprachen. Die Rentierweidekonvention führte zu einer völligen Umstellung der sámischen Rentierzucht in Schweden. Hunderte von schwedischen Sámi-Familien wurden gezwungen, in südlichere Gebiete umzusiedeln und verloren dabei nicht nur ihre Rentiere – die verendeten, als sie nicht mehr ihren traditionellen Routen folgen durften –, sondern auch ihre Sprache. Die Sámi im Süden sprachen Südsámisch oder Lulesámisch – jedenfalls eine andere Sámische Sprache als Nordsámisch.

Wenn ich mir die Sámische Karte von Sápmi, Gárta Sámis, ansehe, muss ich die Namen der Orte googeln, um zu wissen, wo ich bin. Giron ist Kiruna in Schweden, Guovdageaidnu ist Kautokeino in Norwegen – ein Zentrum der Sámischen Kultur. Die Gárta Sámis verläuft in Ost-West-Richtung von Russland über Finnland, Schweden und Norwegen ohne Nationengrenzen. Die Landesgrenzen im Süden der Karte sind unscharf, nur an den Küsten, wo die Meere beginnen, sind sie deutlich.

Seltsamerweise war während der deutschen Besatzung die grenzüberschreitende Rentierzucht weiterhin erlaubt. In dem norwegischen Film „Den 12 mann“ aus dem Jahr 2017, der auf der Geschichte des norwegischen Widerstandskämpfers Jan Baalsrud beruht, wird der Held, von deutschen SS-Soldaten verfolgt, von Sámen in einem von Rentieren gezogenen Schlitten (Pulka) über die Grenze nach Schweden gerettet.

Deutsche und schwedische Soldaten an der Grenze 1939.

Copyright: unbekannt/Stiftelsen Jamtli



KROATIEN

von *Ursula Rütten*

Wichtig ist mir mein persönlicher Bezug zu Kroatien. Seit den frühen 1970er Jahren habe ich Kroatien als einen Teil von Jugoslawien wahrgenommen. Zunächst als Rucksacktouristin. Mit einem Reisepass konnte ich durch das ganze Land reisen, von Slowenien bis Mazedonien. Dann als Studentin, schließlich als Journalistin.

Anfangs lernte ich serbokroatisch in ijekavischer Variante von meiner kroatischen Freundin aus Varaždin, Tochter einer kroatisch-ungarischen Familie. Sie bewunderte Tito und Willi Brandt und lebte gern in diesem blockfreien Jugoslawien mit der gewährten Reisefreiheit.

Professoren der international renommierten Philosophengruppe Praxis wurden meine Mentoren auf jugoslawischer Seite. Die Praxis-Gruppe, sozusagen die „Frankfurter Schule“ Jugoslawiens, hatte den Redaktionssitz ihrer auch auf Deutsch und Englisch übersetzten gleichnamigen Zeitschrift in Zagreb. Die dortige philosophische Fakultät war das geistige Zentrum eines radikal kritischen humanistischen und undogmatischen Marxismus. 1975 wurde die Zeitschrift sowie die internationale Sommerschule auf Korcula von der Regierung in Belgrad verboten.

Mit Beginn des ersten Krieges auf jugoslawischem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg, 1990/91, war ich bereits als Journalistin landesweit vor Ort. Mein Fokus lag dabei auf gegenkulturellen Bewegungen, auf zivilem Widerstand. In Slowenien war der Boden dafür vor allem durch die Künstlerformation Neue Slowenische Kunst bereits seit fast einem Jahrzehnt vorbereitet. In Ljubljana gab es im künstlerischen und akademischen Bereich auch fortan Offenheit für einen Dialog mit allen Kriegsparteien. In Belgrad formierten sich diverse oppositionelle Zirkel mit enormer Mobilisierungskraft für öffentlichen Protest: Der Belgrader Kreis, das Zentrum für kulturelle Dekontamination, Filmemacher, Belgrader Bühnen usw. Letzten Endes führte der Druck von der Straße zum Sturz der Regierung von Slobodan Milošević.

Wer wie ich erfahren wollte, wie sich entsprechende kroatische Intellektuelle und Künstler*innen zu den Auswirkungen der nationalistisch grundierten Erbmasse des zerstörten Vielvölkerstaates verhalten, hätte dagegen eine Tournee ins Exil antreten müssen: zur Schriftstellerin Dubravka Ugrešić nach Amsterdam (wo sie am 17.03.2023 starb), zur Philosophin Rada Iveković nach Paris, zur Autorin und Journalistin Slavenka Drakulić nach Schweden, zur Schauspielerin Mira Furlan in die USA oder nach Wien zum Philosophen und Publizisten Boris Buden.

Nur eine Minderheit, wie z. B. der Verleger und Publizist Nenad Popović, der Theaterautor Slobodan Šnajder oder der Autor Slavko Goldstein, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Zagreb sowie der Jasenovac-Gedenkstätte, emigrierte nicht. Aber sie war gesellschaftlich marginalisiert und stigmatisiert.

„Ist wirklich Hass der Urheber von allem?“ fragt Dubravka Ugrešić in ihrem Essay „Über die Rolle von >Berufsintellektuellen<“, erschienen 1995 in ihrem Band „Die Kultur der Lüge“. „Wenn es so ist, wo liegt das Herz des Hasses? In der Angst? Wenn es so ist, wo ist das Herz der Angst?“

Ist es nicht doch das mühevoll über die Ideologie der nationalen Identität zu-rechtgezimmerter Konstrukt des „Anderen“? Das als Feind politisch manipulierte Brudervolk? Das (nach einer historischen Übereinkunft) dieselbe Sprache spricht, dieselben Tänze tanzt, dieselben Speisen liebt, dasselbe Meer, dieselben Berge? Das, wie das eigene, einfach nur „normal“ und friedlich leben will ...

„Mladina“, zu Deutsch: „Jugend“, ist ein traditionell regierungs- und system-kritisches slowenisches Wochenmagazin, gegründet 1920 als Organ der Jugend der KP Jugoslawiens. In den 1980er Jahren erweiterte sich der Fokus unter Mitarbeit namhafter slowenischer Intellektueller und Avantgarde-Künstler auf gegenkulturelle Themen und radikal-kritische Opposition zu den verkrusteten politischen Strukturen und der desolaten gesamt-jugoslawischen Konfliktlage. Mladina spielte eine Schlüsselrolle in der Formierung der slowenischen Zivilgesellschaft.

